

Anfrage öffentlich	Datum 04.11.2008	Nummer F0191/08
Absender Dr. Jürgen Hildebrand DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 06.11.2008	
Kurztitel Vermarktung, Strategie- und Nutzungskonzept für die Immobilie "Am Luisengarten"		

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit der DS 0055/08 und den Beschlüssen Nr. 1851- und 52 -62(IV)08 wurde durch den Stadtrat die Ausgliederung des immobilien Anlagevermögens des APH „Am Luisengarten“ aus der der Bilanz des ESS und Pflegeheime und die Übertragung der Immobilie auf die Landeshauptstadt und entsprechende überplanmäßige Ausgaben für Zins- und Tilgungsraten 2008 beschlossen. Mit der I0123/08 wurde in diesem Zusammenhang zu in der Stadtratssitzung am 13.3.08 aufgeworfenen Fragen Stellung genommen.

Bürgerinnen und Bürger, die diese Prozesse aufmerksam verfolgen, haben sich an mich und die Fraktion „DIE LINKE“ gewandt und zum Sachstand der Immobilie „Am Luisengarten“, dem Stand der Vermarktung der Immobilie und der damit in Gegenwart und Zukunft auf die Stadt zukommenden Kosten nachgefragt.

Ich bitte Sie deshalb um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche konkreten Schritte zur Vermarktung der Immobilie wurden geprüft, eingeleitet bzw. auf den Weg gebracht? Mit wem wurde konkret in diesem Zusammenhang verhandelt und welche eventuellen Hemmnisse zeigen sich bei der Vermarktung?
2. Wie ist der derzeitige Stand der Vermarktung und welche Prognose für eine erfolgreiche Vermarktung lässt sich für 2009 absehen.
3. Welche detaillierten Kosten kommen im Falle einer nicht erfolgreichen oder nicht kurz- oder mittelfristigen Vermarktung auf die Stadt zu und in welcher Höhe wird damit der städtische Haushalt belastet?
4. Welche anderen strategischen Vorstellungen oder Lösungsansätze sehen Sie im Fall einer nicht möglichen Vermarktung der Immobilie? Gibt es z.B. Vorstellungen der eigenständigen Nutzung der Immobilie für die Stadt oder könnten die Räumlichkeiten Vereinen oder Selbsthilfegruppen kostengünstig oder unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden? Welche Kosten würden in diesen Fällen auf die Stadt zukommen?

Ich bitte um mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Dr. Jürgen Hildebrand